



Klimaschutz in der EU

Kopenhagen darf nicht scheitern, jetzt Druck machen!

Schöne neue Welt

Das Stockholm-Programm
für Justiz und Inneres

Von Rostock bis

Helsinki – die Ostsee-
Strategie

Die Opel-Story

Es geht um Menschen –
nicht um Autos

Klimaschutz in der EU

Kopenhagen darf nicht scheitern,
jetzt Druck machen!

Nora Schüttpeiz

europaROT Ausgabe 1 · Dezember 2009

- 2 **Editorial**
- 3 **David gegen Goliath**
LOTHAR BISKY
- 4 **Kopenhagen darf nicht scheitern,
jetzt Druck machen!**
SABINE WILS
- 6 **Lernt Brüssel aus der Krise?**
JÜRGEN KLUTE
- 7 **Demokratie sieht anders aus!**
Ein Gespräch mit SABINE LÖSING
- 8 **Das Stockholm-Programm –
eine politische Chimäre**
CORNELIA ERNST
- 9 **Von Rostock bis Helsinki –
die Ostsee-Strategie der EU**
Ein Gespräch mit HELMUT SCHOLZ
- 10 **»Armes Europa«**
GABI ZIMMER
- 11 **europaROT-Fotowettbewerb**
- 12 **Es geht um Menschen – nicht um Autos**
THOMAS HÄNDEL
- 13 **Willkommen in Babel**
SUSANNE ALTENBERG
- 14 **Aus den Europabüros**
Eine Brücke zwischen Frankfurt/Oder und Brüssel
HELMUT SCHOLZ
Enger Austausch mit der politischen Basis
SABINE LÖSING

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die erste Ausgabe der »europaROT« – des Infomagazins der LINKEN im Europaparlament – in den Händen. Auf den folgenden Seiten erwarten Sie viele Berichte über unser Engagement im Europäischen Parlament. Wir hoffen, Ihnen damit einen Einblick in unsere Arbeit zu geben.

Seit den Europawahlen im Juni dieses Jahres sind wir mit acht Abgeordneten der LINKEN im Europäischen Parlament vertreten: vier Frauen und vier Männer – denn unsere Forderungen nach konsequenter Gleichstellung von Frauen und Männern nehmen wir ernst.

Neben unseren politischen Schwerpunkten berichten wir Ihnen künftig regelmäßig über Wissenswertes aus dem EU-Alltag und stellen Ihnen die Menschen näher vor, die mit uns zusammenarbeiten.

Wir wünschen Ihnen eine interessante und spannende Lektüre. Gefällt Ihnen »europaROT«? Dann empfehlen Sie uns weiter oder schreiben Sie uns – wir freuen uns über Ihre Kommentare!

Mit solidarischen Grüßen
Ihre Europaabgeordneten der LINKEN

Impressum: Herausgegeben von der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) · Rue Wiertz, ASP 6F 353, B-1047 Brüssel, Belgien · www.dielinke-europa.eu · V.i.S.d.P. Sabine Wils
Layout: Simone Beier · Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin
Titelbild: istockphoto.com [M]
Auflage: 12.000

David gegen Goliath?

Mit 35 Mitgliedern ist die Linksfraktion ein Zwerg im Europäischen Parlament – und setzt klare Zeichen für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa.

VON LOTHAR BISKY

GUE/NGL – das steht für »Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke«. In ihr haben sich 35 Europaabgeordnete aus 12 europäischen Mitgliedstaaten und 15 Parteien zusammengeschlossen. Nach den Europawahlen vom Juni 2009 durften wir trotz schmerzlicher Verluste in einigen Ländern neue Mitglieder linker Parteien aus Frankreich, Irland und Lettland begrüßen.

Konföderalität bedeutet, dass wir die Vielfalt der Identitäten und Meinungen unserer Mitglieder achten und bewahren. Uns eint die Vision einer sozial gerechten, friedlichen und ökologisch nachhaltigen europäischen Einigung und der internationalen Solidarität. In einer globalisierten Welt kann, einen linken Politikwechsel vorausgesetzt, Europa einen wichtigen Teil dazu beitragen, die Lebensumstände der Menschen zum Besseren zu wenden.

Die Linksfraktion im Europäischen Parlament wird alle rechtlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen, um unser Ziel einer solidarischen EU zu erreichen. Die Mehrheitspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten steht unter dem Vorzeichen eines radikalen Marktwettbewerbs innerhalb der EU und gegenüber Drittländern. Die EU ist nicht Opfer der gegenwärtigen Wirtschafts-, Finanz-, Nahrungsmittel- und Umweltkrisen, sondern einer ihrer Motoren. Wir wollen dafür kämpfen, dass die EU mit einer anderen Politik zur Beseitigung dieser Krisen beiträgt.

Das Jahr 2010 ist das »Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung«. Es bietet uns die Chance, die sozialen Missstände in der EU und in der Welt anzuprangern:



Wir verstehen es als unsere Aufgabe, die Europäische Union transparenter und greifbarer zu machen.

Wir fordern den Ausbau und die qualitative Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorgesysteme und der bürgernahen Infrastruktur statt gnadenloser Haushaltskonsolidierung durch Rentenkürzungen, verlängerte Arbeitszeit und Privatisierungen. Die Bekämpfung von Hunger, Armut und Flüchtlingskatastrophen muss Priorität in den Außenbeziehungen der EU bekommen. Wir brauchen eine gerechte Handelspolitik und eine Entwicklungspolitik, die nicht von strategischen Eigeninteressen geleitet sind.

Mit Gewerkschaften streiten wir für die Einführung einer »sozialen Wohlfahrtsklausel« ins EU-Primärrecht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort bleibt ein wichtiges Ziel unseres politischen Wirkens.

Die Eindämmung des Klimawandels und die Entwicklung ökologisch nachhaltiger Wirtschafts- und Landwirtschaftsstrukturen sollten weitere echte Prioritäten in der EU-

Politik werden. Die EU muss bei der Emissionsreduzierung, Energieeinsparung, Förderung sauberer Technologien und fairem Technologietransfer eine Vorbildrolle in der Welt übernehmen. Marktorientierte Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der Industrie funktionieren nicht. Deshalb setzen wir uns für EU-weit rechtlich verbindliche Regeln ein, die auch als Beispiel für neue multilaterale Vereinbarungen nach Ablauf des Kyoto-Protokolls dienen könnten.

Datenschutz und bürgerliche Freiheitsrechte müssen verteidigt werden, vor allem in Zeiten des sogenannten Kampfes gegen

den Terrorismus. Sicherheit muss durch soziale Gerechtigkeit erreicht werden. Sie darf nicht als Vorwand für Big-Brother-Politik missbraucht werden.

Das gilt auch für die Politik gegenüber Drittstaaten: Sicherheit, Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung dürfen – und können – nicht herbeigebombt werden. Wir stehen für zivile Konfliktvermeidung und -lösung, Abrüstung und Entwicklungszusammenarbeit.

Wir verstehen es als unsere Aufgabe, die Europäische Union transparenter und greifbarer zu machen. Die Europäische Bürgerinitiative wird für uns ein Instrument sein, mehr Teilhabe an der EU-Politik zu organisieren. Mehr direkte Demokratie kann dazu beitragen, dass die Europäische Union ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger wird, nicht eines der Eliten bleibt.



Kopenhagen darf nicht scheitern, jetzt Druck machen!

Bereits im Vorfeld des Klimagipfels in Kopenhagen wurde von den größten Industrienationen entschieden, dass sie sich nicht auf verbindliche Ziele zum Klimaschutz festlegen wollen.

Eine radikale ökologische Wende ist dringender denn je – doch die Aussichten dafür sind trübe.

VON SABINE WILS

Im Oktober 2009 traf sich die Regierung der Malediven zur Kabinettsitzung unter Wasser. Dabei stand den Ministern das Wasser nicht bis zum Hals, sondern bereits deutlich darüber. Mit dieser ungewöhnlichen Aktion machte die Regierung der Malediven auf den drohenden Untergang ihres Staates aufmerksam. Sie tat dies stellvertretend für das globale Problem des Klimawandels. Ähnliche Kabinettsitzungen wären dann auch zum Beispiel in den Niederlanden denkbar. Das Land liegt in weiten Teilen unter dem Meeresspiegel und gerät in immer größere Bedrängnis. Nur aufgrund ihres Reichtums können die Niederlande ein umfassendes Deichsystem unterhalten und nur deshalb sehen wir keine niederländischen Minister unter Wasser. Die Malediven stehen exemplarisch für die ungleich verteilten Folgen des Klimawandels, unter dem die ärmeren Staaten auf der Südhalbkugel am meisten zu leiden haben. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die globale Erwärmung schneller voranschreitet als bisher angenommen.

Nun sollen 192 Länder versuchen, auf dem Weltklimagipfel der Vereinten Nationen in Kopenhagen (COP15) ein Folgeabkommen für das 2012 ablaufende Kyoto-Protokoll zu beschließen. So wurde es zumindest auf der 13. Weltklimakonferenz 2007 auf Bali beschlossen. Auf mehr konnten sich die Teilnehmer der jährlichen Klimakonferenzen bisher nicht einigen. Um zukünftige Klimakatastrophen zu verhindern, müssen in Kopenhagen langfristige Ziele verbindlich und ambitioniert formuliert werden. Das Abkommen soll den Ausstoß von langlebigen Treibhausgasen wie etwa Kohlendioxid reduzieren und bestimmen, in welcher Form und Höhe Industriestaaten Entwicklungsländer beim globalen Klimaschutz unterstützen. Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen ist nicht nur ausschlaggebend für ein Folgeabkommen nach Kyoto, sondern auch ein entscheidender Faktor dafür, ob die Welt angemessen auf eine Bedrohung reagieren kann. Eine Bedrohung, die zu katastrophalen Veränderungen mit Überschwemmungen, Dürren, Stürmen, Artensterben und vielen Millionen Klimaflüchtlingen führt, wenn nicht sofort und effektiv reagiert wird.



Kann der Klimagipfel in Kopenhagen noch gerettet werden? Weltweit wird verlangt, dass sich die Industrieländer auf konkrete Ziele beim Klimaschutz festlegen.

Laut dem schwedischen EU-Ratspräsidenten Fredrik Reinfeldt ist die EU »Vorreiter im internationalen Klimaschutz«. Dennoch agiert sie zögerlich. Ihre vagen Versprechen zur Verringerung der Treibhausgase (CO₂-Emissionen) und zur finanziellen Unterstützung armer Staaten macht die EU von Zusagen anderer Länder wie China, Indien und den USA abhängig. Diese Vorgehensweise hat nichts mit der Rolle eines Pioniers zu tun. Es geht der EU vielmehr um ein Abwälzen von Verantwortung auf andere.

Die EU-Regierungschefs haben sich bei ihrem Gipfeltreffen Ende Oktober 2009 lediglich darauf geeinigt, ihren Streit über die Kosten für den Klimaschutz in Entwicklungsländern zu vertagen und vermieden es, den armen Ländern feste Zusagen über finanzielle Hilfen zu geben. Kurz vor Kopenhagen versäumt die EU, ein konkretes Verhandlungsangebot vorzulegen, auf dessen Grundlage ein Abkommen ausgehandelt werden könnte. Wie EU-Umweltkommissar Stavros Dimas richtig feststellt, können ohne feste finanzielle Verpflichtungen der wohlhabenden Länder keine konstruktiven Verhandlungen geführt werden. Vor allem Deutschland blockiert mit Angela Merkels Orientierung an den kurzfristigen Gewinninteressen der Wirtschaft europäische Zusagen und riskiert damit das Scheitern des Weltklimagipfels. Merkel erkennt damit auch nicht die historische Verantwortung der Industriestaaten an, die überwiegend für den Klimawandel verantwortlich sind.

Wenn die EU es ernst meint mit dem Klimaschutz, muss sie aufhören, sich von anderen Ländern abhängig zu machen. Sie darf nicht darauf warten, dass die USA, Indien und China – drei bedeutende Länder, die bisher nicht das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben und den Klimawandel nicht als Top-Priorität betrachten – den Weg für effiziente Maßnahmen frei machen.

Unabhängig von anderen Staaten muss sich die EU verbindlich für effiziente Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgase verpflichten. Die Linksfraktion im Europaparlament wird gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Klimaschutzbündnissen versuchen, den öffentlichen Druck für eine wirksame und gerechte Klimapolitik zu verstärken. Strategien zur Verringerung der Treibhausgase müssen von der EU auf den Weg gebracht werden. Dazu gehören der Schutz der letzten Urwälder, ein Finanzierungsfonds für die ärmeren Länder in Höhe von 200 bis 600 Mrd. Euro, um Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen, sowie ein Technologietransfer, der nicht an Patente gebunden sein darf.

Die Linke fordert, dass der Ausstoß von Klimagasen in der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent, bis 2050 um rund 90 Prozent gegenüber 1990 reduziert wird. Doch auch kurzlebige Schadstoffe wie etwa Ruß müssen in ihrem Ausstoß vertraglich begrenzt werden. Rußpartikel absorbieren unter anderem das Sonnenlicht in der Arktis und sind zu 50 Prozent für den Anstieg des Meeresspiegels verantwortlich. Fast zwei Drittel aller Rußpartikel im arktischen Eis stammt aus Europa. Sie werden durch den Wind dorthin getragen.

Nur mittels einer deutlichen Verringerung der Treibhausgase lässt sich noch die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber vorindustriellen Temperaturen begrenzen. Die Minderungen müssen durch Maßnahmen innerhalb der EU erreicht werden. Der Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt muss

deshalb ausgeschlossen werden. Doch auch der EU-interne Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument in Europa hatte bisher kaum einen Effekt. Die nahezu komplette Vergabe kostenloser Emissionszertifikate führt lediglich zu noch mehr Gewinnen in Milliardenhöhe aufseiten der großen Energiekonzerne. Das Klima wird damit nicht geschützt. Der Ausstoß von CO₂ und anderen klimaschädigenden Gasen ist ein öffentliches Gut und muss einen bestimmten Preis haben. Erst wenn ein vom Markt unabhängiger Mindestpreis von ungefähr 30 bis 35 Euro pro emittierter Tonne CO₂ bezahlt wird, besteht überhaupt ein finanzieller Anreiz für die Unternehmen, den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen zu reduzieren.

Der Markt wird den Schutz des Klimas entgegen der gebetsmühlenartig wiederholten Aussagen industriefreundlicher Akteure nicht alleine richten. Vielmehr bedarf es drastischer Vorgaben zum Klimagasausstoß für die Industrie, damit gerade die großen europäischen Energiekonzerne nicht weiter auf Kosten der Umwelt Milliardengewinne einfahren können. Diese Energiekonzerne müssen einer starken Regulierung unterworfen oder vergesellschaftet werden. Momentan mögen viele Unternehmen auf die Karte Umwelt setzen. Sie tun dies jedoch aus Profitinteresse, da Umweltschutz und Nachhaltigkeit mittlerweile in sehr vielen Branchen verkaufsfördernde Faktoren darstellen.

Damit Umweltschutz nicht nur ein Trend bleibt und schnell von Ereignissen wie etwa einer Finanzkrise verdrängt werden kann, arbeite ich als Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen des Europäischen Parlaments für einen konsequenten ökologischen Umbau. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament streiten wir für eine weniger profitorientierte Politik und unterstützen den Gegengipfel »Klimaforum 09«, der vom 7. bis 18. Dezember 2009 ebenfalls in Kopenhagen stattfindet. Anders als bei der offiziellen UN-Konferenz steht das Klimaforum 09 jedem offen und anstelle von Politikern und Beamten kommen Grassroots-Initiativen, Wissenschaftler, Künstler und andere zu Wort.

Zusätzlich wird am 12.12.2009 in Kopenhagen eine große Demonstration stattfinden. Machen wir den führenden Politikern dieser Welt deutlich, dass jetzt etwas getan werden muss! Denn in wenigen Jahrzehnten werden auf den Malediven nicht einmal mehr unter Wasser Kabinettsitzungen zu beobachten sein. Aufgrund des Klimawandels wird dieser Staat im Meer verschwinden und aus einem ganzen Volk werden Klimaflüchtlinge. Passiert nichts, sind die Malediven lediglich der Anfang einer Klimakatastrophe mit unvorhersehbaren Folgen.

Aktionen

Demo: Homepage mit Information rund um den »Climate March At The Climate Summit« mit Newsletter und Informationen zu organisierten Unterkünften für Gruppen
www.12dec09.dk/content/english
Klimaforum 09: umfangreiche Informationen und das komplette Programm des Gegengipfels unter
www.klimaforum09.org

Lernt Brüssel aus der Krise?

Ein bisschen Kontrolle reicht nicht aus.

VON JÜRGEN KLUTE

Dass das Thema »Finanzkrise« in der Europäischen Union derzeit eine zentrale Rolle spielt, liegt auf der Hand, wurden doch den Banken in den letzten Monaten Steuergelder in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt. Jean-Claude Juncker, Sprecher der Euro-Länder, wurde dafür im November zum »Europäischen Banker des Jahres« gewählt – stellvertretend für die Gesamtheit der Finanzminister in der Union.

Klar ist: Die aktuelle Finanzkrise – immerhin die schwerste seit Ende der zwanziger Jahre – verlangt nach politischen Antworten. Doch welche Antworten hat die EU bisher gefunden? Die Europäische Kommission hat mittlerweile eine ganze Reihe von Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, weitere sind in Arbeit.

Die erste Reform, die bereits im Sommer nächsten Jahres beschlossen werden soll, betrifft die Manager »alternativer Investmentfonds«. Als »alternativ« bezeichnet die Kommission hier hochriskant agierende Fonds, die vorwiegend mit geliehenem Geld zocken (Hedgefonds), sowie Fonds, die mit Rohstoffen und Immobilien spekulieren. »Alternativ« sind auch die »Private Equity« (Private Anteilseigner), die gnadenlosen Arbeitsplatzabbau in mittelständischen Unternehmen betreiben.

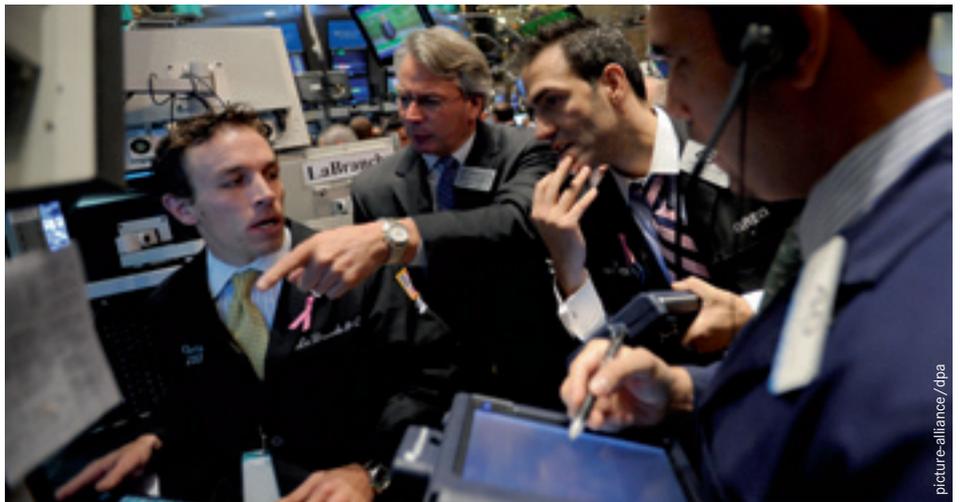
An die Fonds selbst traut sich die Kommission dabei nicht heran. Es sollen lediglich Regeln für die Verwalter der Fonds aufgestellt werden und selbst dies erst ab einer Mindestgröße von 100 Mio. Euro. Vorgesehen sind strengere Informationspflichten gegenüber den Kunden, die ihr Geld in Hedgefonds & Co. anlegen. Im Gegenzug dürfen zugelassene Verwalter ihre Anlageprodukte dann in der ganzen EU vermarkten – auch wenn die Fonds ihren Sitz in Steueroasen haben.

Mit einer Einschränkung der Fonds oder gar ihrem Verbot, wie von der Linken im Europäischen Parlament gefordert, hat

dies nichts zu tun, im Gegenteil. Mit der Regelung würde diesen Fonds der lukrative EU-Binnenmarkt erst richtig geöffnet, da sie dann mit einer EU-weiten Zulassung ausgestattet wären. Für die Barroso-Kommission und für die Mehrheit des Europäischen Parlaments gilt lediglich mangelnde Transparenz und das Fehlverhalten einzelner »schwarzer Schafe« als Ursache der Finanzkrise. So sollen denn auch weitere Richtlinien folgen, um lediglich die Aufsicht der aufgeblähten Finanzmärkte zu verbessern.

krise überschritten ist, ändert dies nichts daran, dass mit den größten Entlassungswellen erst noch zu rechnen ist.

Mitte Oktober hat die EU-Kommission in einer Mitteilung ihre Sicht auf die Krise noch einmal deutlich gemacht. Angesichts der Finanzlöcher, die die staatlichen Unterstützungmaßnahmen für die Banken in den öffentlichen Kassen gerissen haben, tritt sie für eine radikale Stabilisierung der öffentlichen Haushalte ein. Die Kommissare verbinden dieses Argument mit einem



Lord Adair Turner, Chef der obersten Finanzaufsichtsbehörde in London (und sicher kein Sozialist), brach kürzlich ein Tabu in politischen Kreisen. Er verwies darauf, dass aus Sicht der Gesamtgesellschaft eigentlich eine deutliche Verkleinerung des Finanzsektors notwendig wäre. Doch die verheerenden Folgen der Krise für den Arbeitsmarkt werden in der EU entweder nicht erkannt oder als nicht gravierend angesehen. Dies wird etwa an den Forderungen der Kommission zum Umgang mit den schweren Folgen der Krise für Unternehmen und Beschäftigte deutlich. Die Staaten sollen ihre Unterstützungspakete so schnell wie möglich zurückfahren, heißt es dort. Auch wenn der Tiefpunkt der Finanz-

weiteren – jenem der »demografischen Katastrophe«. Durch die Alterung der Gesellschaft werden angeblich noch größere Lasten auf die öffentlichen Haushalte zukommen.

Mit Hinweisen auf die Demografie und auf die Kosten der Krise soll den Bürgerinnen und Bürgern in Europa also verkauft werden, dass das Renteneintrittsalter erhöht und die Ausgaben für Gesundheit und Pflege gleichzeitig drastisch gesenkt werden sollen. Diesen Lösungsansatz hat auch die schwarz-gelbe Regierung in Berlin dankbar aufgegriffen. Sicher ist damit allerdings nur, dass die breite Bevölkerung nach der Krise noch ärmer sein wird als zuvor.

Demokratie sieht anders aus!

Die EU plant die Verknüpfung militärischer und ziviler Strukturen – frei von jeglicher demokratischer Kontrolle durch das Europäische Parlament.

Der Lissabon-Vertrag sieht die Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) vor. Was haben die Bürgerinnen und Bürger in Europa genau zu erwarten?

Der Lissabon-Vertrag sieht vor, das Amt eines Hohen Vertreters der EU zu schaffen. Dieser wird – vergleichbar mit dem bundesdeutschen Außenminister – die EU nach außen vertreten und soll von einem diplomatischen Dienst unterstützt werden, der sich aus 5.000 bis 8.000 Beamten zusammensetzt.

Ist der EAD mit den diplomatischen Diensten der Nationalstaaten vergleichbar?

Einerseits ja, denn der diplomatische Dienst soll Befugnisse erhalten, die zurzeit ausschließlich von den Auswärtigen Diensten der Nationalstaaten wahrgenommen werden. Nach und nach soll der EAD auch konsularische Tätigkeiten ausführen können, wie beispielsweise das Recht, Einreisegenehmigungen auszustellen. Es bestehen gravierende Unterschiede im Vergleich zu der Rolle, die Diplomaten nach bisherigem Verständnis haben. Der Schlüsselbegriff hierfür lautet »zivil-militärische Zusammenarbeit«: Unter zivilen Einsätzen im Ausland versteht man z.B. die Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen. Jene sollen in Zukunft mit den militärischen Apparaten zusammenarbeiten. Das bedeutet, es wird künftig keine Unterscheidung zwischen rein zivilen oder militärischen Einsätzen geben. Der neue diplomatische Dienst wird eine wichtige Rolle bei solchen zivil-militärischen Interventionen spielen: Hier sollen militärische Strukturen auf personeller Ebene verknüpft werden. Einsatzbefugnis und -kontrolle liegen ebenfalls beim EAD.

Die Fürsprecher des Lissabon-Vertrags betonen immer wieder die gestärkte Position des Europäischen Parlaments (EP). Ist die demokratische Kontrolle des EAD ausreichend?

Auf keinen Fall! Das EP kann nicht einmal über die finanzielle Ausstattung des diplomatischen Dienstes mitentscheiden, da der EAD komplett dem Rat unterstehen soll. Auf Aufgabenfelder, Einsatzgebiete oder Einstellungskriterien haben die gewählten Abgeordneten keinerlei Einfluss! So wollen etwa Länder wie Großbritannien oder Frankreich Personal für den EAD aus der Rüstungsindustrie einsetzen. Hinzu kommt, dass durch die neuen, angeblich »effizienteren« Entscheidungsmechanismen im Rat großen EU-Ländern ein weitaus

stärkeres Gewicht als bisher gegeben wird. Für die kleinen Mitgliedstaaten bedeutet dies, dass sie bei Entscheidungen meist außen vor bleiben, aber die Verantwortung mittragen müssen. Im Fall des EAD besteht die Gefahr, dass dieser zum Spielball der außenpolitischen Interessen großer Mitgliedstaaten wird.

In den Medien spielt der EAD bisher kaum eine Rolle. Woran liegt das?

Die Vorbereitung zur Einrichtung des EAD hat in größerer Eile und meist hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Das EP hat eine Stellungnahme unter Federführung von Elmar Brok (CDU) abgegeben, die die Ziele des EAD nicht infrage stellt. In den Aufbau der Behörde sind nur sehr wenige Repräsentanten anderer Politikerebenen, wie etwa aus der Kommission oder den Mitgliedstaaten, eingebunden. Demokratisch und transparent ist dieser Prozess nicht! Verschärfend kommt hinzu, dass die eigentliche Rechtsgrundlage des EAD – der Vertrag von Lissabon – noch gar nicht in Kraft war, während elementare Entscheidungen getroffen wurden.

Kurz zusammengefasst – was sind deine wichtigsten Kritikpunkte am EAD?

Dieser neue Apparat ist ein weiteres Zahnrad, um den Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit umzusetzen, was die Zukunft der europäischen Außenpolitik ganz entscheidend verändern wird. Die politischen Eliten in den großen Staaten der EU – insbesondere Deutschland – wollen ihren Einfluss in der Welt ausbauen! Die EU soll zum militärischen »Global Player« aufgebaut werden, um auch zukünftig europäische Machtinteressen und den Rohstoffnachschub abzusichern. Zur Verwirklichung dieses Ziels spielt der EAD eine entscheidende Rolle. In meinen Augen steht der EAD für die Militarisierung der Außenpolitik. Eine demokratische Kontrolle des EAD ist faktisch nicht möglich und auch nicht erwünscht.



istockphoto.com/Andrew Howe

Das Stockholm-Programm – eine politische Chimäre



DIESER SELEKTIVE KRIEG GEGEN MIGRATION TRIFFT DIEJENIGEN, DIE AUS ARMUT UND VOR VERFOLGUNG FLIEHEN.

VON CORNELIA ERNST

Das neue Fünfjahresprogramm für die Bereiche Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union heißt »Stockholm-Programm«. Dazu hat die Europäische Kommission einen Vorschlag vorgelegt. Überschriften wie »making life easier – a Europe of justice« und »protecting citizens – a Europe that protects« klingen viel freundlicher als das, was sie bezeichnen: polizeiliche und strafjustizielle Zusammenarbeit, Strategien der Inneren Sicherheit oder Asylpolitik.

Bei der Erläuterung der Vorteile eines »Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts« »im Dienste des Bürgers« geht die Kommission über äußerst bedenkliche Punkte hinweg:

Erstens: Den gesamten Vorschlag auf das Rechtskonzept des Bürgers – »promoting citizens' rights – a Europe of rights« – abzustimmen, reduziert das BürgerInnenverständnis der Kommission auf Staatsangehörige der Mitgliedstaaten. Grund- und Menschenrechte müssen jedoch für alle Menschen gelten, ungeachtet ihrer Nationalität oder ihres »Migrationsstatus«.

Zweitens: Trotz der formalen Betonung eines Europas der Rechte erwähnt die Kommission keinerlei Steuerungsinstrumente zur Anwendung der Grund- und Menschenrechte durch die Mitgliedstaaten oder durch europäische Einrichtungen.

Drittens: Der unzureichenden Garantie von Grund- und Menschenrechten stehen unverhältnismäßig Pläne für die Sicherung der Außengrenzen und die Zusammenarbeit von Polizei und Strafjustiz gegenüber. Die verstärkte polizei- und geheimdienstliche Zusammenarbeit beinhaltet die Ausweitung der gemeinsamen Nutzung der DNA- und Fingerabdruckdatenbanken. In der Bugwelle der »Terrorismusbekämpfung« wird an einem Überwachungsregime gefeilt, während von einer Ausweitung der Datenschutzrechte keine Spur ist! Der geplante Ausbau der Grenzschutzagentur FRONTEX und deren Zugang zu hochsensiblen personenbezogenen Daten (SIS II, Eurodac, VIS) bedeutet die Schaffung militärischer Außengrenzen zur Flüchtlingsabwehr. Dieser selektive Krieg gegen Migration trifft diejenigen, die aus Armut und vor Verfolgung fliehen. Mit völlig über-

zogenen Maßnahmen werden Symptome bekämpft, anstatt Ursachen erforscht. Repressionen ersetzen in der Europäischen Sicherheitsstrategie präventive Maßnahmen.

Viertens: Durch den Ausbau von Grenzkontrollen und die Errichtung bzw. den Ausbau von EU-weiten Datenbanken werden Einwanderungskontrollen mit der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung verknüpft. Flüchtlinge werden in einem Atemzug mit Schwerstkriminellen genannt und mit diesen gleichgesetzt. Damit wird Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung weiter Vorschub geleistet.

Fünftens: Die Mitteilung der Kommission sieht vor, einerseits irreguläre Migration militärisch zu bekämpfen und andererseits gut ausgebildete Fachkräfte zur Einwanderung zu ermutigen. Das ist eine menschenverachtende Einwanderungspolitik im Dienste der Wettbewerbsfähigkeit! Die Öffnung von Einwanderungskanälen für qualifizierte Arbeitskräfte geht einher mit einer Einschränkung langfristiger Einwanderungsmöglichkeiten für unqualifizierte Arbeitskräfte. Das ist soziale Selektion von Menschen.

In Vorbereitung auf das Fünfjahresprogramm auf dem Europäischen Rat Mitte Dezember hat die schwedische EU-Ratspräsidentschaft einen ersten Entwurf des endgültigen Programms veröffentlicht. Dieser atmet nahezu unverändert den Geist der Kommission. Das Europäische Parlament arbeitet aktuell an einer Resolution zum Stockholm-Programm. Die Mitglieder der GUE/NGL werden sich in den federführenden Ausschüssen (LIBE/JURI/AFCO)* im Europäischen Parlament durch Änderungsanträge sowie durch öffentliche Kritik an den Plänen aktiv für Veränderungen am Programmwurf einsetzen. Die einseitig auf Sicherheit orientierte Antwort auf soziale und ökonomische Konflikte ist eine Wahl und nicht im Mindesten ein notwendiges Übel.

* LIBE: Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres JURI: Rechtsausschuss AFCO: Ausschuss für konstitutionelle Fragen



istockphoto.com/Linda & Colin McKie

EIN GESPRÄCH MIT HELMUT SCHOLZ

Von Rostock bis Helsinki – die Ostsee-Strategie der EU

Seit der Osterweiterung der Europäischen Union ist die Ostsee quasi zu einem »europäischen Binnenmeer« geworden. Die EU hat nun eine »Ostsee-Strategie« entworfen. Worauf zielt diese Strategie ab?

Tatsächlich sind die Ostsee-Anrainerstaaten – von denen acht der Europäischen Union angehören – zu einer europäischen Großregion geworden. Das bedeutet, dass die hier zahlreichen Probleme wie Umweltverschmutzung, starker Schiffsverkehr, drastischer Rückgang der Fischbestände, Munitionsreste und Wracks auf dem Meeresgrund sowie die Krise der maritimen Industrie nur gemeinsam anzugehen sind. Vor allem die Schiffsemissionen sind ein Problem: Sie belasten Böden und Gewässer, gefährden die Gesundheit von Mensch und Tier und schädigen Kulturgüter. In vielen Hafenstädten machen sie bereits 80 Prozent der Gesamtschadstoffbelastung aus. Dramatische wirtschaftliche und soziale Auswirkungen hat im gesamten Ostseeraum die eingebrochene Nachfrage nach neuen Schiffen. Allein in Deutschland

wurden seit Beginn der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise vier Werften insolvent – was Kurzarbeit oder Entlassungen nicht nur bei den Schiffsbauern, sondern auch bei Zulieferern heißt. Zugleich stellt der geplante Bau und Ausbau der Energieversorgungssysteme durch die Ostsee eine große ökologische Herausforderung für die beteiligten Staaten dar. All diese Probleme sind nicht nationalstaatlich, sondern nur durch ein gemeinsames Herangehen zu meistern. Eine Ostsee-Strategie der EU ist daher überfällig.

Worin bestehen die Vorteile einer Ostsee-Strategie für die EU und für die Staaten der Region?

Es geht ja darum, die Ostsee-Strategie nicht als Projekt einiger weniger Staaten zu begreifen, sondern als Anliegen der gesamten Gemeinschaft. Warum sollte beispielsweise ein Unternehmen in Italien, das Waren nach Skandinavien liefert, kein Interesse an einem umweltgerechten und gut funktionierenden Schiffsverkehr in der Ostsee haben? Und die geplante Ostsee-

pipeline dient nicht nur der Energieversorgung im Ostsee-Raum, sondern der der gesamten EU. Ganz zu schweigen von den Umwelt- und Klimafragen. Daneben entspricht selbstverständlich auch der Abbau des existierenden wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen EU-»Alt«- und Neumitgliedern den Gemeinschaftszielen. Deshalb steht die Strategie auch von Beginn an allen EU-Staaten offen.

Umso erstaunlicher ist für mich, dass für eine Ostsee-Strategie bisher keine Mittel bereitgestellt wurden. Die Antwort auf die Frage, woher das Geld für ihre Realisierung kommen soll, blieben Rat und Kommission bisher schuldig. Werden hier künftig bereits für die Struktur- und Regionalfonds bereitgestellte Mittel nur neu verteilt oder gibt es reale Erweiterungen? Mit entsprechenden Mitteln könnten aber innovative Vorhaben im Bereich Ökologie, Energie und Verkehrslenkung ebenso forciert werden wie in der Beschäftigungspolitik.

Kann die geplante Ostsee-Strategie als Vorbild für andere transregionale Kooperationen in der EU dienen?

Ähnliche Probleme wie im Ostsee-Raum gibt es beispielsweise im Donau-Becken, in der Schwarzmeer- und in der Mittelmeer-Region. Ob die Ostsee-Großregion tatsächlich zu einem Modell werden kann, setzt aber nicht nur die Lösung des Finanzierungsproblems voraus. Vielmehr muss der politische Wille bei allen Beteiligten da sein, dieses Vorhaben auch konsequent und umfassend umzusetzen.

Russland ist der einzige Anrainerstaat der Ostsee, der kein EU-Mitglied ist. Wie sollte die EU mit dem Land mit Blick auf die Ostsee-Strategie umgehen?

Russland wird von der EU und ihren Mitgliedern noch immer nicht als gleichberechtigter Partner angesehen. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund einer nicht selten aggressiven EU-Außenpolitik gegenüber Moskau, der faktischen Einkreisung Russlands durch die NATO und durch das Fehlen wirklicher Abrüstungsmaßnahmen des Westens könnte sich weiteres Konfliktpotenzial anhäufen. Die Ostsee-Strategie widerspricht sich selbst, wenn sie Russland als Zaungast behandelt, denn die Ziele der Strategie sind nur zu verwirklichen, wenn alle Beteiligten einbezogen werden – und zwar von Beginn an.

»Armes Europa«

Achtzig Millionen Menschen leben in Europa offiziell in Armut. Statt konkreter Maßnahmen setzt die EU auf Marketing und erklärt das Jahr 2010 öffentlichkeitswirksam zum »Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung«.

VON GABI ZIMMER

Im März 2000 wollte die damalige portugiesische Ratspräsidentschaft die Staats- und Regierungschefs der EU auf das Ziel verpflichten, bis 2010 die Armut in der EU zu überwinden. So weit wollten diese aber nicht gehen. Sie beschlossen als gemeinsame Zielvorgabe für die EU, »die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen«.

Dies ist nicht gelungen – seit 2000 ist die Armut in der EU weiter gestiegen. 80 Millionen Menschen in der EU gelten offiziell als arm, darunter 19 Millionen Kinder. Sie verfügen über weniger als 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens. Es wird erwartet, dass die Zahl der Armen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter zunimmt.

Statt ihre bisherige Tatenlosigkeit kritisch zu bearbeiten und umzusteuern, hat die EU mit großem Pomp 2010 zum »Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« ausgerufen. Seminare, Konferenzen und Hochglanzbroschüren sollen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf soziale Missstände in der EU lenken.

Die Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) hält nicht viel von den scheinheiligen offiziellen Aktivitäten zum Europäischen Jahr. Seitens der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten ist nicht viel mehr zu erwarten als das Lob der bestehenden sozialen Sicherungssysteme und vage Absichtserklärungen.

Mit den »Europäischen Märschen gegen Erwerbslosigkeit« organisierten wir im November 2009 die Konferenz »Stand Up Against Poverty Now!«. Daran nahmen auch Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Aktive aus den europäischen Netzwerken EAPN, SOLIDAR, Eurochild und ENAR, ATTAC und dem »Weltmarsch der Frauen« teil. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, unsere Aktionen für das Jahr 2010 weiter zu vernetzen und zu koordinieren.



Was wir fordern:

Auf europäischer Ebene fordern wir verbindliche Schritte der EU und der Mitgliedstaaten hin zu einem Europa ohne Armut:

- die europaweite Durchsetzung von Mindestlöhnen, die mindestens 60 Prozent der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne betragen sollten;
- europaweite Mindesteinkommen in der Höhe von mindestens 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens;
- Beseitigung der Kinderarmut in der EU und als ersten Schritt ihre Reduzierung um 50 Prozent bis 2012;
- Beseitigung der Obdachlosigkeit von Erwachsenen und Jüngeren (Straßenkindern) bis 2015;
- Ausbau von und kostenloser Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen (medi-

zinische Versorgung, Bildung – von der Kinderkrippe bis zur Universität, ÖPNV etc.) vor allem für besonders gefährdete Gruppen.

- Die Mitgliedstaaten sollen diese Zielvorgaben innerhalb einer bestimmten Frist erreichen.

Des Weiteren fordern wir:

- die Senkung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf maximal 40 Stunden ohne Ausnahme in der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Die Mitgliedstaaten dürfen ihr Ziel nicht erreichen, die wöchentlichen Arbeitszeiten zu verlängern, denn Niedriglöhne und lange Arbeitszeiten sind zwei Seiten derselben Medaille;
- den sozialen Einschluss der Roma und die Beendigung der rassistischen Ausgrenzung;

europaROT- Fotowettbewerb: »Gemeinsam gegen Armut kämpfen«

Die EU-Kommission hat das Jahr 2010 zum »Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« erklärt. Als politische Fraktion im Europaparlament fordern wir statt gut gemeinten Erklärungen klare verbindliche Zielsetzungen, um Armut europaweit zu bekämpfen. Wir unterstützen außerparlamentarische Initiativen und Aktionen, die sich den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung auf die Fahnen schreiben. Wir wollen über den Tellerrand hinausschauen und möchten wissen: **Kennen Sie Beispiele von Menschen, die einzeln oder gemeinsam Widerstände organisieren oder auf Missstände hinweisen? Gibt es in Ihrer Stadt Aktionen oder Organisationen, die ihren Beitrag leisten gegen soziale Ausgrenzung und Armut?** Falls ja, dann schicken Sie uns eines Ihrer besten Fotos, das Ihr alltägliches Engagement, eine Aktion oder eine Demonstration dokumentiert!

Schicken Sie Ihre Fotos (bitte im JPG-Format)
per E-Mail an: sonja.giese@europarl.europa.eu.
Einsendeschluss ist der 31. Januar 2010.

Neue Ansätze der sozialen und demokratischen Teilhabe entwickeln und europäische und globale Widerstände organisieren

— die Legalisierung und soziale Einbindung der 8 Millionen Menschen in der EU, die ohne Papiere leben. Schnellstens müssen europaweite Regelungen für eine gesicherte medizinische Versorgung gefunden werden.

Der europäische Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung darf sich nicht allein auf die Bekämpfung von Erwerbslosigkeit beschränken und sollte gleichzeitig über den europäischen Tellerrand hinausgehen.

Wir wollen so das Europäische Jahr 2010 nutzen, um neue Ansätze der sozialen und demokratischen Teilhabe zu entwickeln und europäische und globale Widerstände zu organisieren. Die Ansätze im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wollen wir so überdenken und fortentwickeln.



Es geht um Menschen – nicht um Autos

VON THOMAS HÄNDEL

General Motors hat sich entschieden, Opel nun doch nicht an Magna zu verkaufen. In einer ersten Welle hat GM schon 25.000 Beschäftigte entlassen und 14 Fabriken dichtgemacht. Nun sei es nicht mehr nötig, Opel-Europe abzustoßen. GM könne Opel sanieren, wenn mindestens nochmals 10.000 Arbeitsplätze abgebaut und europäische Werke geschlossen würden.

Antwerpen und Bochum werden als »veraltet« abgeschrieben, Eisenach stillgelegt, Luton bei London gilt als Kandidat für eine Schließung und in Polen und Spanien grassiert ebenfalls die Angst. GM scheint die Unternehmenspolitik fortzusetzen, die bereits in den vergangenen 20 Jahren zum Niedergang des Konzerns geführt hat. Die technologischen Potenziale wurden nie wirklich genutzt, Opel wurde kaputtgespart. Neue Sprit sparendere Modelle kamen, wenn überhaupt, erst auf den Markt, wenn sie maximale Profite versprochen.

In einer monatelangen Hängepartie hat die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes eine unerträgliche Rolle gespielt. Regionale und nationale Initiativen zur Standort- und Beschäftigungssicherung wurden subtil hintertrieben. Sie seien »kaum mit den Binnenmarktregeln in Einklang zu bringen (und) dürften deshalb von Brüssel nicht akzeptiert« werden, hieß es mehrfach aus Brüssel.

Zweifellos bestehen in der Automobilindustrie weltweit Überkapazitäten von rund 30 Prozent. Die Automobilindustrie steckt in einer schweren, mehrfachen Krise: in der aktuellen Wirtschaftskrise, in einer Strukturkrise und in einer Strategiekrisis. Dringend müssten Alternativen zu herkömmlichen Verbrennungsmotoren entwickelt werden. Umweltbelastungen durch gesteigerte Mobilität und Verfügbarkeit von fossilen Brennstoffen sind riesige Herausforderungen, vor der die Gesellschaft aktuell steht.

Deshalb wäre ein verbindlicher europäischer Branchenrat zur »Zukunft der Mobilität« mit Politik, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft dringend nötig. Seine Aufgabe müsste es sein, Handlungsoptionen für den technischen Wandel zu entwickeln, politische Maßnahmen und flankierende Finanzmittel zu definieren und eine Abstimmung der betroffenen europäischen Regierungen zu erreichen.

Manche fordern nun die Verstaatlichung von Opel. Das kann im Rahmen des bestehenden Systems jedoch nicht die Lösung sein. Die weitere Unternehmensführung würde unter den gleichen neoliberalen Prämissen fortgesetzt und wäre damit alles andere als eine qualitative Verbesserung.



Nicht nur im Fall Opel ist es dagegen dringend nötig, künftige Staatshilfen nur gegen eine öffentliche Beteiligung an den jeweiligen Firmen zu gewähren. Staatliche Hilfen müssen an den Erhalt aller Standorte, den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und eine klare Investitionsperspektive für die Werke gekoppelt werden.

Auch das allein reicht noch nicht. Wenn, wie im Fall Opel, Belegschaften sich zum Einkommensverzicht zur Sanierung »ihres« Unternehmens genötigt sehen, darf

dies nur gegen ein entsprechendes wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht der Beschäftigten geschehen. Sie dagegen nur zu lauter neuen Kleinaktionären zu machen, wäre der falsche Weg.

Eine verfasste Beteiligung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften wäre ein kleiner, aber qualitativer Schritt für eine bessere Mitbestimmung. Die Beteiligung von Umwelt- und Sozialverbänden, Kommunen und Ländern könnte ein weiterer Schritt für eine verstärkte gesellschaftliche Kontrolle sein.

Die Überkapazitäten der Automobilindustrie müssen in einem moderierten Prozess planmäßig für alle Standorte in neue Arbeit

überführt werden. Das galt vor Jahren für die Stahlindustrie, das muss jetzt auch für Opel wie für die gesamte Automobilindustrie gelten.

Ein Manager sagte ganz unverblümt: »Ob Werke geschlossen werden oder ob es Stellenabbau gibt, hängt ganz entscheidend davon ab, wie viel Widerstand zu erwarten ist.« Deshalb braucht es den massiven Widerstand der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften in ganz Europa – und unsere Unterstützung.



Europäisches Parlament

Willkommen in Babel

»Es ist so spannend, die Kollegen in den vielen Kabinen zu sehen und zu wissen: Es funktioniert! In 23 Sprachen!«

SUSANNE ALTENBERG, Chefin der deutschen Dolmetscher im EP, übersetzt simultan vom Englischen, Französischen, Spanischen, Niederländischen und Polnischen ins Deutsche.

Wir Dolmetscher arbeiten immer dann für die Abgeordneten, wenn sie uns brauchen. Auch wenn die Sitzungen bis tief in die Nacht dauern.

Kommen mehr als sieben Sprachen zum Einsatz, sitzen wir zu dritt in einer Übersetzungskabine. Es sollen möglichst viele Sprachen mit drei Dolmetschern abgedeckt werden: Englisch und Französisch beherrschen wir alle, so können wir uns abwechseln.

Die Arbeit in der Kabine ist der wichtigste Teil unserer Aufgabe, aber nur die Spitze des Eisbergs. Zur Vorbereitung von Ausschusssitzungen müssen wir zum Beispiel zielgerichtet die Dokumente in allen Arbeitssprachen lesen. In meinem Falle sind das fünf. Wir müssen natürlich die wichtigsten Fachbegriffe und Abkürzungen kennen. Glossare und Spickzettel erleichtern uns die Arbeit. Die eigene Muttersprache müssen wir pflegen, indem wir beispielsweise nach der Arbeit Bücher und die wichtigsten Zeitungen lesen. Auch, damit wir auf dem neuesten Stand der politischen Situation bleiben.

Das Schlimmste, was passieren kann: Die Stimme versagt oder man vergisst, sein Mikrofon einzuschalten oder auch wieder auszuschalten.

Manchmal sind Situationen so lustig, dass wir sehr lachen müssen oder uns versprechen oder Namen verdrehen. Es kommt auch vor, dass etwas sehr traurig ist, wenn zum Beispiel ein Sacharowpreisträger über schlimme Menschenrechtsverletzungen berichtet oder seine Kinder gar in einem Konflikt umgekommen sind. Dann gilt es, sich mit sicherer Stimme bis zuletzt auf den Inhalt zu konzentrieren. Weinen darfst du erst draußen, lachen auch.

Unser Beruf ist sehr krisenfest. Es gibt immer noch Nachfrage nach qualifizierten Konferenzdolmetschern. Die Sprachen der letzten Erweiterungen sind im Moment besonders gefragt und auch Griechisch, Finnisch, Dänisch. Ideal wäre für uns ein Kollege, der beispielsweise Englisch und dann noch eine seltene Sprache anbieten kann.

Infobox

Dolmetscher sind die einzigen Beamten im Europäischen Parlament, die über kein Büro verfügen. Sie arbeiten in den Dolmetscher-Kabinen und in großen Gemeinschaftsbüros. Abschalten können sie in speziellen Ruheräumen. Bei 23 Amtssprachen der EU sind 506 Sprachkombinationen möglich, da jede Sprache in die 22 übrigen übersetzt werden kann.

Das EP beschäftigt 430 verbeamtete DolmetscherInnen und kann auf eine Reserve von 2.500 externen DolmetscherInnen zurückgreifen.

Bei Plenartagungen kommen ca. 800 bis 1.000 Dolmetscher zum Einsatz.

Weitere Informationen für Bewerber und Interessierte finden Sie unter:
http://europa.eu/interpretation/index_de.htm

Eine Brücke zwischen Frankfurt/Oder und Brüssel

Helmut Scholz eröffnet sein Bürgerbüro im Herzen der Stadt

Im Bürgerbüro Scholz & Meier in der Großen Scharrnstraße 31 herrscht reger Betrieb – heute ist offizielle Eröffnung. Das Buffet ist aufgebaut, es duftet nach Kaffee und der Sekt ist auch schon kalt gestellt. Besucher und Vertreter der Presse treffen ein. Helmut Scholz erklärt dem Kamerateam vom Stadtfernsehen: »Die Stadt hat eine Brückenfunktion. Hier können wir zeigen, wie wir Fragen in Europa gemeinsam denken und im Komplex lösen werden.« Er möchte Veranstaltungen organisieren, Informationen über Europapolitik in die Bevölkerung tragen und das Büro zu einer Anlaufstelle für Fragen, Probleme, aber auch Ideen und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern machen. Ihm

ist wichtig: »Das Büro hat seinen Sitz zwar hier in Frankfurt, aber es ist zuständig für das ganze Land Brandenburg«. Unterstützung leistet ihm hierbei sein Wahlkreismitarbeiter René Wilke. Der 25-Jährige hat bereits Erfahrungen durch die Arbeit für einen Bundestags- und eine Landtagsabgeordnete gesammelt und versteht sich als Schnittstelle zwischen Brüssel und Brandenburg. Immer mehr Menschen strömen herein. »Ich habe in der Zeitung von der Büroeröffnung gelesen und wollte nun mal den Herrn Scholz persönlich kennenlernen«, sagt ein Besucher. Der Vorsitzende des Stadtfeuerwehrverbandes überreicht einen Feuerlöscher: »Auch wenn es politisch manchmal brenzlig wird, hoffe ich, dass sie den hier nie brauchen werden«, lacht er und heißt Helmut Scholz herzlich in Frankfurt (Oder) willkommen. Ein Parteimitglied

sagt: »Wir spüren, der Helmut will wirklich was bewegen!«

Auch die Lokalpolitiker der SPD, der Grünen und der FDP kommen zur Eröffnung mit Geschenken und den besten Wünschen für eine gute Zusammenarbeit.

Zwei Stunden sind vergangen, langsam leert sich das Büro. »Und weiter geht's«, sagt Scholz. Am nächsten Tag muss der Europaabgeordnete wieder in Brüssel sein. Die oft knappe Zeit will er gut nutzen. Doch für heute legt sich der Trubel im Bürgerbüro Scholz & Meier.

**Bürgerbüro Scholz & Meier
Helmut Scholz, MdEP**

Große Scharrnstr. 31, 15230 Frankfurt/O.
Tel.: 0335 3870375, Fax: 0335 3871593
rene.wilke@helmutscholz.eu



Sabine Lösing eröffnet Bürgerbüro in Göttingen

Enger Austausch mit der politischen Basis

Sabine Lösing sichert den engen Austausch zu ihrer politischen Basis sowie zu außerparlamentarischen Initiativen gleich mit zwei Regionalbüros: Einem Europabüro in Berlin und dem BürgerInnenbüro in Göttingen, welches wir hier vorstellen:

Das BürgerInnenbüro in Göttingen befindet sich in der Oberen Maschstr. 22 und ist von Montag bis Freitag zwischen 9:00 und 15:00 Uhr besetzt. Es »dient nicht nur als Büro, es soll vor allem eine Anlaufstelle für BürgerInnen und politisch Interessierte und ein Informationspool für bewegungsorientierte Gruppen aus der Region sein«,

erklärt Sabine Lösing. Julia Focks, ihre Mitarbeiterin vor Ort, sorgt für eine größtmögliche politische Transparenz, indem sie Informationen aus dem Brüsseler Büro und die Positionen ihrer Abgeordneten innerhalb der Partei und darüber hinaus verbreitet und den direkten Kontakt zu Gewerkschaften, der Presse sowie zu Vereinen und Verbänden sucht.



»Basisnähe ist nach der Wahl besonders richtig«, weiß Sabine Lösing. »Ich will wissen, was in den Menschen vorgeht und was sie von mir als Europapolitikerin erwarten.« Daher will die Abgeordnete, wenn Bedarf besteht, auch BürgerInnensprechstunden organisieren. Ihr es wichtig, »frühzeitig die Blackbox Europa für die Interessengruppen

zu öffnen, damit diese Stellung beziehen und nötigen Protest organisieren können.« Das BürgerInnenbüro in Niedersachsen ist schon nach erstaunlich kurzer Zeit sehr positiv angenommen worden, freut sich Sabine Lösing, die von Julia Focks tatkräftig unterstützt wird – man merkt, dass beiden der direkte Austausch mit den Menschen wichtig ist. »Wenn es uns gelingt, mit diesem Büro einen Beitrag dazu zu leisten, linke Politik mit dem Ziel hin zu einem gesellschaftlichen Wandel voranzubringen und die solidarische Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Bewegung und den Gewerkschaften weiterzuentwickeln, wäre das ein voller Erfolg«, sind sich Julia Focks und Sabine Lösing einig.

**Abgeordnetenbüro
Sabine Lösing, MdEP**

Obere Maschstr. 22, 37073 Göttingen
Tel.: 0551 50766823, Fax: 0551 50766838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

DIE LINKE. im Europaparlament

Lothar Bisky

Vorsitzender der
GUE/NGL Fraktion

Stellvertretender Vorsitzender
im Ausschuss für Kultur und
Bildung

**Ansprechpartner
für Berlin
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F155
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47834
lothar.bisky@europarl.europa.eu



Sabine Wils

Sprecherin der Delegation
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für
Umweltfragen; Stellvertreterin im
Ausschuss für Verkehr und Frem-
denverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F247
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47644
sabine.wils@europarl.europa.eu



Cornelia Ernst

Mitglied im Ausschuss für bürgerliche
Freiheiten, Justiz und Inneres;
Stellvertreterin im Ausschuss für
regionale Entwicklung; Stellvertre-
terin im Ausschuss für die Rechte
der Frau und die Gleichstellung
der Geschlechter

Ansprechpartnerin für Sachsen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu



Thomas Händel

Mitglied im Ausschuss für
Beschäftigung und soziale An-
gelegenheiten; Stellvertreter
im Ausschuss für Wirtschaft und
Währung

**Ansprechpartner für Bayern,
Baden-Württemberg und
Saarland**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F259
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-45658
thomas.haendel@europarl.europa.eu



Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für Wirt-
schaft und Währung; Stellvertre-
ter im Haushaltsausschuss

**Ansprechpartner für
Nordrhein-Westfalen und
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F254
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47655
juergen.klute@europarl.europa.eu



Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für
auswärtige Angelegenheiten;
Unterausschuss für Sicherheit
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47894
sabine.loesing@europarl.europa.eu



Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für interna-
tionalen Handel; Stellvertreter
im Ausschuss für auswärtige
Angelegenheiten; Ausschuss für
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für
Mecklenburg-Vorpommern
und Brandenburg**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F243
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47893
helmut.scholz@europarl.europa.eu



Gabi Zimmer

Mitglied im Ausschuss für
Entwicklung; Stellvertreterin im
Ausschuss für Beschäftigung
und soziale Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin
für Thüringen**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 6F357
B-1047 Brüssel
Telefon: 0032-228-47101
gabrielle.zimmer@europarl.europa.eu

